

## Badische Neueste Nachrichten 25.11.2011

### Beim Tunnel herrscht jetzt Zuversicht

#### Tanja Gönner zur Rheintalbahn und zu Stuttgart 21

Von unserem Mitarbeiter Ralf Joachim Kraft

Rastatt. „Wenn Bahnchef Rüdiger Grube sagt, dass der Rastatter Tunnel in absehbarer Zeit gebaut wird, dann ist das eine Zusage in Absprache mit dem Bundesverkehrsministerium. Wenn es nicht mit Minister Ramsauer so abgesprochen gewesen wäre, hätte Grube das auch nicht gesagt. Das würde nicht zu ihm passen.“ Das betonte die ehemalige baden-württembergische Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner (CDU) am Mittwochabend bei einer gut besuchten Informationsveranstaltung der CDU im Parkrestaurant.

„Die abschließenden Prüfungen im Planänderungsverfahren laufen.“ Wenn das Projekt, das laut Grube ins Kernportfolio des Bundesverkehrsministeriums und der Deutschen Bahn aufgenommen wurde, im Investitionsrahmenplan, also im Fünfjahresplan für den Ausbau der Schienenwege des Bundes, enthalten sei, dann werde es auch zügig „abfinanziert“, so Gönner.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk, hatte erst jüngst betont, dass er aufgrund der Zusage des Bahnchefs davon ausgehe, dass mit dem Bau des Tunnels „schon Ende 2012, spätestens 2013“ begonnen werden könne. Auch Landrat Jürgen Bäuerle rechnet mit einem Baubeginn 2013, wie er am Rande der Veranstaltung mitteilte.

Im Mittelpunkt des Info-Abends in Rastatt stand die Volksabstimmung am kommenden Sonntag zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“. „Sie können sich jetzt entscheiden, ob sie 1,5 Milliarden Euro an Schadensersatz ausgeben und nichts dafür bekommen – oder 930 Millionen Euro für ein 4,5-Milliarden-Projekt, von dem nicht nur der Großraum Stuttgart, sondern das ganze Land profitiert“, sagte Gönner und fügte hinzu: „Dieses Großprojekt europäischer Dimension führt uns in die Eisenbahnzukunft dieses Jahrhunderts. Daher ist es so wichtig, dass sich am Sonntag eine möglichst breite Mehrheit für das Projekt ausspricht und klar und deutlich ‚Nein‘ sagt zum Kündigungsgesetz.“ Je mehr Menschen zur Volksabstimmung gehen, desto größer werde die Zustimmung zu dem Projekt sein. Nur so bestehe die Hoffnung, dass das Ergebnis akzeptiert werde, weitgehend Ruhe einkehre und die Bahn ihr Baurecht ausüben könne. Man müsse endlich zu einem Ende kommen, so Gönner. Eine Alternative zu Stuttgart 21 gebe es nicht.

„Wenn etwas anderes gebaut werden soll, müssen wir weitere 20, 30 Jahre warten und das in einem Land, das bisher immer den Fortschritt gewagt hat und damit erfolgreich war.“ Mit Nachdruck betonte die CDU-Politikerin, dass es schlicht nicht wahr sei, dass Stuttgart 21 die Mittel von anderen Verkehrsprojekten im Land abziehe und dann nichts anderes mehr gebaut werden könne.

Erfreut zeigte sich Gönner über die jüngste Zusage von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), dass er S21 durchsetzen werde, wenn die Projektgegner am Sonntag unterliegen. In der abschließenden Fragerunde ging es um die bereits genannten Themen rund um Volksentscheid und Kündigungsgesetz.

Ein Bürger plädierte für den möglichst menschenfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn. Ein anderer wollte wissen, was die Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Stuttgart 21 bislang gekostet haben. Gönner: „Die liegen tendenziell bei mehr als 60 Millionen Euro. Das hat aus meiner Sicht mit Demokratiekosten nicht mehr viel zu tun.“